

## Migration beeinflusst zunehmend den ostdeutschen Arbeitsmarkt

**Sperrfrist:**  
3. Dez. 2015,  
12:00 Uhr

**Die Migration macht sich zunehmend auch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt bemerkbar und wirkt sich auf die Zahl der Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Leistungsbezieher nach SGB II aus. Vor allem aus den mittel- und osteuropäischen Staaten mit Arbeitnehmerfreizügigkeit, den von der Schuldenkrise betroffenen Ländern Südeuropas sowie den Asylherkunftsländern sind die Zuwachsraten gegenwärtig hoch und liegen in der Größenordnung wie in Westdeutschland. Allerdings ist der Anteil der Personen aus diesen Zuwanderungsländern an der Bevölkerung und wichtigen Arbeitsmarktgrößen in Ostdeutschland insgesamt erheblich geringer, da Westdeutschland bereits in den vergangenen Jahrzehnten eine deutlich stärkere Zuwanderung zu verzeichnen hatte. Kurzfristig sind negative Effekte auf die Arbeitslosigkeit zu erwarten, mittel- bis langfristig bestehen aber auch Chancen, die zu erwartenden demographischen Probleme zu mildern, wenn Integration und Qualifizierung gefördert werden.**

**Pressekontakt:**  
Stefanie Orphal  
Telefon:  
+49 345 7753 720  
E-Mail:  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

**Ansprechpartner:**  
Prof. Dr. Oliver  
Holtemöller  
Telefon:  
+49 345 7753 800  
E-Mail:  
[ohr@iwh-halle.de](mailto:ohr@iwh-halle.de)

Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird zunehmend von den starken Migrationsprozessen beeinflusst. Dabei ist die hohe Zuwanderung insbesondere auf die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die schwierige Arbeitsmarktlage in den von der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise besonders schwer betroffenen Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie die starke Flüchtlingsmigration zurückzuführen. Insgesamt dürfte die Nettozuwanderung nach Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im Jahr 2015 ca. 170 000 Personen betragen.<sup>1</sup> Davon entfallen etwa 70% auf die betrachteten Asylherkunftsstaaten (vgl. Abbildung).

**Politische Ressorts:**  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales  
(**BMAS**), Bundes-  
ministerium des Inneren  
(**BMI**)  
Bundesministerium für  
Wirtschaft und Energie  
(**BMWi**),  
Bundeskanzleramt,  
Wirtschafts- und  
Innenministerien der  
Länder

### Auswirkungen auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Betrachtet man die Veränderungsdaten, so zeigen sich kaum Unterschiede zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat in beiden Großregionen die Zahl der Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Leistungsbezieher im SGB II aus den Migrationsländern insgesamt sehr stark zugenommen. Die Zahl der Beschäftigten nahm in Ostdeutschland mit 24,5% sogar noch stärker zu als in Westdeutschland (12,7%). Auch bei der Zahl der Arbeitslosen war die Zuwachsrate in Ostdeutschland etwas höher. Die Zahl der Leistungsempfänger im SGB II aus den Migrationsländern nahm innerhalb eines Jahres – ebenso wie in Westdeutschland – um etwa ein Fünftel zu.

**Wissenschaftliche  
Schlagwörter:**  
Arbeitsmarkt,  
Beschäftigung, Migration

**Aktueller Bezug:**  
Anstieg der Zuwanderung,  
Flüchtlingsmigration

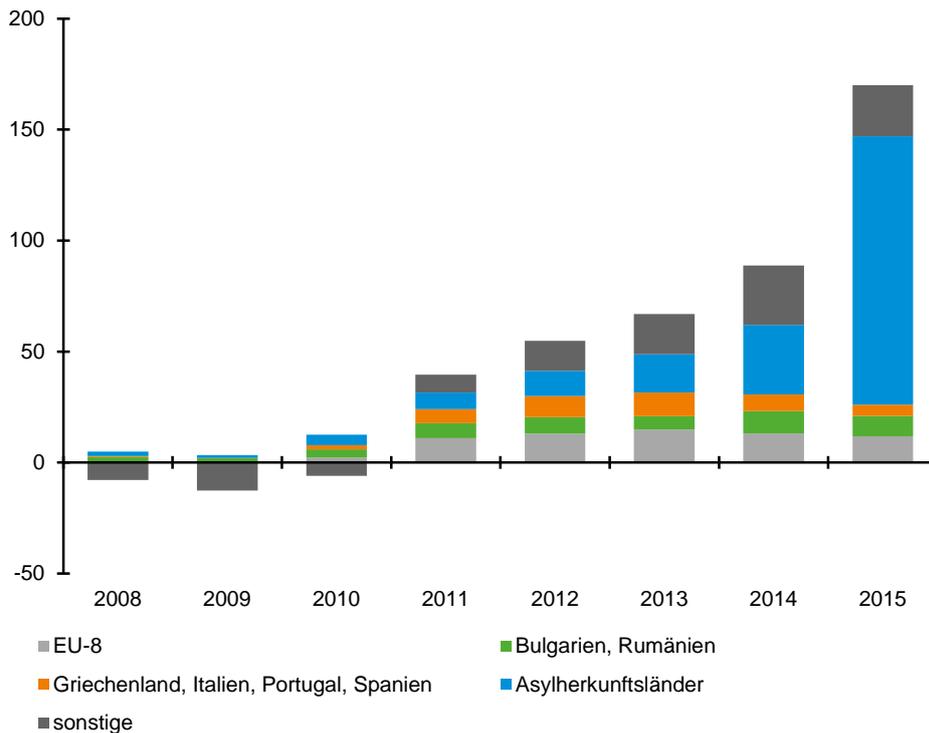
Allerdings ist zu beachten, dass in Ostdeutschland die Anteile der Personen aus diesen Zuwanderungsländern an der Bevölkerung, den Beschäftigten, der registrierten Arbeitslosigkeit sowie den Leistungsempfängern im SGB II deutlich geringer sind als in Westdeutschland. Eine Ausnahme bildet jedoch der Bevölkerungsanteil der Menschen aus den Asylherkunftsländern: Dieser liegt mit 1,4% relativ nahe am westdeutschen Wert von 1,7%. Die Anteile der von der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise besonders be-

**Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle (IWH)**  
Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)  
  
Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)  
  
Tel.: +49 345 7753 60  
Fax: +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

<sup>1</sup> Für Deutschland insgesamt wird eine Nettozuwanderung von ca. einer Million Personen angenommen. Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben, Herbst 2015*. Essen 2015., 54.

troffenen Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien liegen in Ostdeutschland am stärksten unter den westdeutschen Vergleichswerten. Dass die Anteile der Migrationsländer an den Arbeitsmarktgrößen in Westdeutschland erheblich über denen in Ostdeutschland liegen, ist vor allem auf die deutlich stärkere Zuwanderung aus diesen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen.

Abbildung:  
**Struktur der Außenwanderung in Ostdeutschland<sup>a</sup> nach Staatengruppen<sup>b</sup>**  
 in 1 000 Personen



IWH

<sup>a</sup> Ostdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> EU-8: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen; Asylherkunftsländer: Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien, Ukraine.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2.; 2015: Prognose des IWH.

### Fluchtmigranten wohl zunächst häufig arbeitslos, Mehrausgaben für Integration und Qualifizierung erforderlich

Die Beschäftigungsaussichten vieler Zuwanderer vor allem aus den Asylherkunftsländern sind zumindest kurzfristig eingetrübt, insbesondere bei unzureichenden Sprachkenntnissen und geringer beruflicher Qualifikation. Zu erwarten ist deshalb, dass viele Zuwanderer aus den Asylherkunftsländern zunächst arbeitslos sein werden. Die registrierte Arbeitslosigkeit, die in den vergangenen Jahren in Ostdeutschland aufgrund des starken Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials stetig gesunken war, dürfte deshalb kurzfristig kaum noch abnehmen. Es bestehen allerdings durchaus auch Chancen, die absehbaren demographischen Probleme Ostdeutschlands zu mildern, wenn die Integration der Zuwanderer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelingt. Dazu sind Mehrausgaben für Integration und Qualifizierung erforderlich.

#### Veröffentlichung:

BRAUTZSCH, H.-U.: Zu den Auswirkungen der Migration auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (6), 2015.

**Wissenschaftlicher Ansprechpartner:**

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

Tel.: +49 345 7753 800, E-Mail: [Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

**Pressekontakt:**

Stefanie Orphal

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: [presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

**IWH-Expertenliste:**

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).